

## Beschluss Menschenrechtsbasierte Migrationspolitik anstelle von Diskriminierung, gegen jeden Leistungs- und Teilhabeausschluss

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 25.10.2025

Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

### Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für menschenrechtsbasierte Politik – auch in  
2 Thüringen

3 In allen Thüringer Landkreisen und der Stadt Gera wurden seit 2023/24  
4 unterschiedlichste sogenannte Bezahlkartenmodelle für Geflüchtete  
5 eingeführt. Hinter dem Vorwand der Praktikabilität, versteckt sich der Versuch  
6 vieler Landräte und der aktuellen Landesregierung, einen Aufenthalt Geflüchteter  
7 in Thüringen möglichst unattraktiv zu gestalten, um deren Zahl zu verringern.  
8 Damit entfernt sich Thüringen immer weiter von einer Migrationspolitik, die auf  
9 humanitären und menschenrechtlichen Grundsätzen fußt. Die Einführung von  
10 Bezahlkarten ist in vielen Landkreisen hierfür nur ein Beispiel.

11 Bündnis 90/Die Grünen Thüringen setzen sich stattdessen für eine  
12 menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ein. Wir wollen Integration  
13 ermöglichen, Teilhabe sichern und Geflüchteten eine echte Perspektive bieten.  
14 Deshalb fordern wir:

- 15 • Eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung von  
16 Integrationsprojekten, Beratung und Sprach- und Integrationsangeboten  
17 mindestens auf dem Niveau von 2025.
- 18 • Ein Integrations- und Teilhabegesetz in Thüringen, das  
19 Integrationsmaßnahmen verlässlich absichert.
- 20 • Keine Einführungspflicht bei der Bezahlkarte und Möglichkeit zur  
21 vollumfänglichen Abhebung in bar
- 22 • Einen diskriminierungsfrei und verwaltungsarm gestalteten Leistungsbezug,  
23 der vollumfänglich Bargeldzugang ermöglicht - dabei haben Basiskonten  
24 Vorrang; die derzeitige Ausgestaltung eines Bezahlkartensystems lehnen wir  
25 ab.
- 26 • Die Existenzsicherung aller Menschen und ein Ende des  
27 Leistungsausschlusses für Dublin-Verfahrens-Betroffene.
- 28 • Den Abbau von Hürden und die Stärkung der Zugänge zu Bildung und Arbeit,  
29 um Integration zu ermöglichen.
- 30 • Aufbau einer oder mehrerer menschenwürdiger Erstaufnahmeeinrichtungen mit  
31 geeigneter Infrastruktur und Anbindung sowie Zugang zu Beratung, Betreuung  
32 und medizinischer Unterstützung.
- 33 • Die Beendigung des Betriebs der Abschiebehaftanstalt und die Umwidmung der  
34 freiwerdenden Mittel in Integrationsförderung und psychosoziale  
35 Versorgung.

Am 4. Juni 2025 unterzeichneten der Thüringische Landkreistag und der Gemeinde- und Städtebund Thüringen sowie das zuständige Ministerium TMJMV eine Rahmenvereinbarung über die Einführung und den Betrieb einer Landesbezahlkarte für Empfänger\*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Thüringen. Dieser Rahmenvereinbarung traten in der Folge auch die bis dato nicht beteiligten Städte Erfurt und Weimar bei. Stadtratsbeschlüsse dazu gab es nicht, die Oberbürgermeister begründeten dies mit dem Handeln im übertragenen Wirkungskreis.

Die Rahmenvereinbarung beruft sich auf die zwischen Bundes- und Landesregierungen geeinten Mindeststandards und beinhaltet darüber hinaus die Regelungen, dass die Nutzung der künftigen Landesbezahlkarte auf die Bundesrepublik beschränkt ist, die Karte als Bargeldersatz mit eingeschränktem Anwendungsbereich gilt, Onlinekäufe und Money Transfer Services ebenso ausgeschlossen sind, wie bestimmte Händlergruppen und Branchen und Bargeldabhebungen monatlich auf 50 Euro pro Leistungsempfänger\*in beschränkt werden. Bei der Höhe der abhebbaren Summen, haben die Kommunen einen gewissen Ermessensspielraum. Die Möglichkeit die gesamte Summe abheben zu können, ist durch das Land jedoch nicht vorgesehen. Ausnahmen soll es für Aufwandsentschädigungen für sog. Arbeitsgelegenheiten geben, diese können entweder bar ausgezahlt oder ggf. auch über die Karte abgehoben werden.

Die seit Ende 2023 eingesetzten Bezahlkarten benachteiligen Geflüchtete massiv und behindern ihre gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe.

Ohne Bargeld bleiben elementare Lebensbereiche verschlossen. So ist beispielsweise Bargeld häufig Voraussetzung für die Nutzung von Flohmärkten und Gebrauchtmarttplattformen sowie öffentlichen Toiletten, den Fahrkartenkauf im ÖPNV, die Teilnahme an Schulaktivitäten, die Bezahlung eines anwaltlichen Beratungsscheins oder eines Sprachkurses und vielem mehr. Andererseits sind auch Überweisungen häufig Voraussetzung für Dauerschuldverträge wie Telefonverträge, sodass den Betroffenen wesentliche Kommunikationskanäle fehlen. Alle diese Möglichkeiten müssen auch für Geflüchtete weiterhin offenstehen. Hinzu kommt, dass in der Praxis schon jetzt Geflüchteten vielfach verwehrt wird, mit ihren Karten bspw. Gutscheine zu erwerben.

In den 1990er-Jahren haben wir erlebt, wohin Einschränkungen wie Gutscheinsysteme führen. Sie haben Menschen ausgegrenzt, entmündigt und Integration erschwert. Deshalb wurden sie abgeschafft. Das war ein bewusster Schritt hin zu Teilhabe und Menschenwürde. Heute droht sich diese Geschichte zu wiederholen. Wenn wir Geflüchteten wieder den Zugang zu Bargeld verwehren, schaffen wir genau jene Hürden neu, die wir damals aus guten Gründen überwunden haben.

Vor diesem Hintergrund sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen die landesweite Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte – womöglich sogar verpflichtend auf Grundlage einer Verwaltungsvorschrift des Landes – mit großer Sorge. Wir sind weiter davon überzeugt, dass Basiskonten für alle eine sinnvolle und diskriminierungsfreie Alternative sind, die zudem den Verwaltungsaufwand in den Kommunen drastisch senken würden. Deswegen haben sie Vorrang. Dort wo dennoch Bezahlkarten eingeführt werden, setzen wir uns dafür ein, dass diese diskriminierungsfrei und verwaltungsarm sind. Dies beinhaltet beispielsweise die uneingeschränkte Möglichkeit Bargeld abzuheben, ein Erscheinungsbild, dass sich

84 nicht von herkömmlichen EC-Karten unterscheidet und die Möglichkeit, den eigenen  
85 Kontostand jederzeit einzusehen.

86 Die Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete steht sinnbildlich für eine  
87 Entwicklung, die über diese Gruppe hinausreicht. Äußerungen von  
88 Ministerpräsident Voigt (CDU) und Innenminister Maier (SPD) sowie Vorschläge aus  
89 mehreren Landkreisen, Bezahlkarten oder Leistungskürzungen auch auf  
90 Bürgergeldempfänger\*innen auszuweiten, zeigen eine gefährliche Tendenz. Dabei  
91 lehren uns Jahrzehnte deutscher Migrationsgeschichte, wie Integration gelingt:  
92 durch Offenheit, Zugang zu Arbeit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Wer  
93 marginalisierte Gruppen gegeneinander ausspielt, schwächt den gesellschaftlichen  
94 Zusammenhalt und wiederholt alte Fehler. Statt Ausgrenzung braucht es Vertrauen,  
95 Unterstützung und gemeinsame Verantwortung, um die Herausforderungen der Zukunft  
96 gemeinsam, solidarisch und erfolgreich meistern zu können.

97 Noch drastischer trifft es Menschen im „Dublin Verfahren“, die auch in Thüringen  
98 von jeglichen Sozialleistungen ausgeschlossen werden, wenn ihre Abschiebung  
99 angeordnet wurde und sie keine Duldung erhalten. Das bedeutet in der Konsequenz,  
100 dass Betroffene – darunter auch Familien mit minderjährigen Kindern – nur noch  
101 maximal 2 Wochen Überbrückungsleistungen für das physische Existenzminimum  
102 erhalten und danach der komplette Leistungsausschluss inklusive Obdachlosigkeit  
103 und Ausschluss von medizinischer Versorgung droht.

104 Eine solche Praxis nimmt menschliches Leid bewusst in Kauf und führt zu einer  
105 systematischen Verelendung, die Menschen in die Illegalität drängt, anstatt  
106 ihnen Perspektiven und Wege zur Integration zu eröffnen. In Verbindung mit einer  
107 möglichen Verlängerung der Dublin-Frist verschärft sich diese Situation  
108 zusätzlich.

109 Nicht nur wir sind davon überzeugt: Dieser drastische Leistungsausschluss ist  
110 mit dem Verfassungs- und Europarecht nicht vereinbar. Auch die  
111 Wohlfahrtsverbände kritisieren die Bundes- und Landesregierung und fordern die  
112 zuständige Ministerin, Beate Meißner, auf, die in Thüringen gängige  
113 grundrechtsverletzende Anwendung von § 1 Absatz 4 AsylbLG aufzugeben. Gemeinsam  
114 mit den Sozialverbänden fordern wir stattdessen eine verfassungskonforme  
115 Regelung, die sicherstellt, dass kein Mensch ohne Zugang zu existenzsichernden  
116 Leistungen bleibt.

117 Erst kürzlich hat die Landesregierung ihren Entwurf für den Doppelhaushalt  
118 2026/2027 beschlossen. Dieser sieht drastische Kürzungen gerade auch für den  
119 Bereich der Integration vor. Für die Sozialberatung in den Kommunen sowie die  
120 gesamte Projektförderung sollen künftig nur noch 8 Millionen Euro zur Verfügung  
121 stehen – statt 13 Millionen Euro wie noch 2025. Das hätte dramatische Folgen für  
122 die Integrationsprojekte im Land sowie für die Beratung und Begleitung  
123 Geflüchteter und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist umso  
124 widersinniger in einem überaltertem Bundesland wie Thüringen, das auf Migration  
125 und gelungene Integration so dringend angewiesen ist.

126 Nicht nur vor diesem Hintergrund haben Kürzungen und veränderte  
127 Förderschwerpunkte auf Bundes- und Europaebene drastische Auswirkungen, so dass  
128 beispielsweise Beratungs- und Therapieangebote von refugio thüringen e.V. zu  
129 einem großen Teil vor dem Aus stehen.

- 130 Das Land muss hier in die Ausfallfinanzierung gehen und dieses so wichtige  
131 Angebot in Thüringen erhalten.
- 132 Statt sich diesen dringenden Problemen in der Migrations- und  
133 Integrationspolitik zu widmen, setzt die Brombeerkoalition auf ausgrenzende und  
134 falsche Symbolpolitik – etwa mit dem Aufbau einer eigenen Abschiebehaft, die  
135 nicht nur teuer, sondern auch unnötig ist, da nur ein Bruchteil der  
136 Abschiebungen am Widerstand der Betroffenen scheitern.
- 137 Die aktuellen Debatten rund um das Grundrecht auf Asyl und die Einschränkung von  
138 Menschenrechten sorgen in Thüringen für Angst und große Unruhe unter den  
139 Betroffenen und den in der Flüchtlingshilfe und Beratung Engagierten. Viele  
140 Geflüchtete haben zudem Angst vor Übergriffen und Gewalt. Dazu tragen auch  
141 rassistische Narrative bei, die immer breiter ungeprüft in die Öffentlichkeit  
142 getragen und verbreitet werden.
- 143 Wir Bündnisgrünen in Thüringen sind hervorgegangen aus der Bürgerrechtsbewegung  
144 in der DDR. Viele von uns eint die Erfahrung geschlossener tödlicher Grenzen.  
145 Wir wissen: Kein Mensch flieht freiwillig.
- 146 Wir stehen ohne wenn und aber für eine menschenrechtsbasierte Politik, die die  
147 Würde jedes Menschen achtet.
- 148 Uns ist bewusst, dass Integration keine Einbahnstraße, sondern ein Prozess ist,  
149 der Zeit, Geld, Ressourcen und vor allem aber Menschen braucht, die sich dafür  
150 stark machen und nicht gewillt sind, Hass und Hetze die Oberhand oder die Hoheit  
151 über die Stammtische gewinnen zu lassen.
- 152 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen danken all denen, die sich vor Ort für gelebte  
153 Integration einsetzen, die Zugänge schaffen, Spurwechsel ermöglichen und das  
154 Miteinander stärken. Wir unterstützen zudem Initiativen wie die Seebrücke, die  
155 den Umtausch von Gutscheinen organisieren, so Solidarität praktisch erfahrbar  
156 machen und geflüchteten Menschen Handlungsspielräume und ein kleines Stück  
157 Selbstbestimmung ermöglichen.